

Antragssteller\*in: Kreisvorstand Rhein-Sieg

Zeile 4-5

Statt: „Die politische Situation im Land nach den Europawahlen und den drei ostdeutschen Landtagswahlen gibt Anlass zur Sorge“

Neu: Die politische Situation zeigt das Elend des real existierenden Kapitalismus.

Zeile 17-20

Statt: Auch die großen Mobilisierungen gegen Rechts in der ersten Jahreshälfte haben nicht dazu geführt, die Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben. Politiker:innen, die noch im Frühjahr auf Massenkundgebungen gegen die Deportationspläne der extremen Rechten starke Worte gefunden haben, beteiligen sich jetzt an dem Wettbewerb, wer das Land schneller und effektiver abschottet und wer schneller, rücksichtsloser und entschlossener Menschen entrechtet und abschiebt.

Neu: Rückblickend müssen wir feststellen, dass es uns nicht gelungen ist den großen Mobilisierungen gegen die Deportationsplänen der extremen Rechten einen antifaschistischen Stempel aufzudrücken. Stattdessen beteiligten wir uns an oftmals staatstragenden und moralisierenden Aufrufen bürgerlicher Parteien. Diese entpuppen sich nun als „falsche Freund\*innen“ und überbieten sich gegenseitig im Wettbewerb mit der extremen Rechten wer das Land schneller und effektiver abschottet und wer schneller, rücksichtsloser und entschlossener Menschen entrechtet und abschiebt.

Zeile 60. Streichen!

Zeile 65-75

Statt: Nordrhein-Westfalen als Industrieregion ist wieder einem Wandel unterworfen. Wo im Ruhrgebiet noch Stahl gekocht wird, drohen künftig massenhafte betriebliche Umbrüche um den sozial-ökologischen Wandel zu gestalten. Dabei stehen wir fest an der Seite der Arbeiter:innen in den Industriebetrieben, zeigen unsere praktische Solidarität und kämpfen für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie wie es Artikel 27 der Landesverfassung vorsieht:

(1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.

(2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.

Auf jeden Fall müssen staatliche Hilfen an straukelnde Unternehmen immer mit Eigentums- und

Mitbestimmungsrechten verbunden werden. Bedingungslose Rettung zum Nutzen der Aktionär:innen ohne Garantien für Beschäftigung, Klima und Umwelt ist kein sinnvolles Konzept.

Neu: Schon jetzt kündigen die Kapitalist\*innen an, unter dem Vorwand einer vermeintlich ökologischen Transformation, ihre Krise auf unsere Klasse abzuwälzen. Industriearbeitsplätze in Stadt und Land sollen vernichtet, die Kolleg\*innen mit „Sozialplänen“ abgespeist werden. Als Sozialist\*innen stehen wir an der Seite der (Industrie)arbeiter\*innen und kämpfen mit ihnen gemeinsam für den Erhalt aller Arbeitsplätze und die Vergesellschaftung der Industrie unter demokratischer Kontrolle der Belegschaft, sowie einer Entschädigung der Kapitalist\*innen *unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten* wie es Art. 15 des Grundgesetzes vorsieht:

*Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.*

Wir haben keine Illusionen in das Märchen eines „grünen Kapitalismus“ und müssen deshalb die Industrie so gestalten, dass sie gesellschaftlich sinnvolle Bedürfnisse erfüllt. Gerade die Kriegsindustrie um Thyssenkrupp, Rheinmetall etc. muss in diesem Sinne umgewandelt werden. Dies kann nur mit den Kolleg\*innen in den Betrieben gelingen.

Die Begründungen erfolgen mündlich.